Inhalt

Einleitung	II
I. Auf dem Weg zur Weltmacht.	
Das Militär im Kaiserreich (1871–1918)	23
Blut und Eisen	23
Kolonien	32
Armee	36
Inneres Gefüge	36
<i>Tribal cultures</i>	41
Schikanen	44
Kriegsplanungen	51
Weltenbrand	56
Wie siegen?	56
Anpassung von Strategie und Taktik	61
Verbrechen	72
Fazit	79
II. Armee der Niederlage.	
Die Reichswehr in der Weimarer Republik (1918–1933)	83
Staat im Staate?	83
Aus der Niederlage lernen	94

Sozialstruktur und <i>tribal cultures</i>	100
Fazit	108
III. Im Zeichen des Totalen Krieges.	
Die Wehrmacht im Dritten Reich (1933–1945)	111
Auftakt	111
Wehrgemeinschaft	111
Selbstgleichschaltung	116
Kriegsvorbereitung	125
Operationen	128
Der Sprung ins Dunkle: Polen	128
Siegeslauf in Frankreich	134
Hybris und Nemesis: Der Feldzug gegen die Sowjetunion	143
Der Kampf gegen die Westmächte 1941–1944	160
Der letzte Akt: 1944/45	182
Kohäsion	190
Opfertum	196
<i>Tribal cultures</i>	199
Menschenführung	208
Primärgruppen	213
Verbrechen	216
Polen: Ouvertüre zum Vernichtungskrieg	216
»Normalkrieg« im Westen 1940/41	223
Vernichtungskrieg in der Sowjetunion	225
Signaturen der Gewalt	233
Fazit	241

IV. Friedensarmee im Kalten Krieg.	
Die Bundeswehr der Bonner Republik (1955–1989)	249
Eine andere Armee braucht das Land	249
Das Ringen um die innere Ausrichtung der Streitkräfte	265
Truppenalltag	278
Skandale und <i>tribal cultures</i>	287
Kulturkampf	298
Der gespielte Krieg I	318
Von der <i>massive retaliation</i> zur <i>flexible response</i>	318
Endlich einsatzbereit?	326
<i>Flexible response</i> – die Lösung der Probleme?	331
Wehrmacht in neuem Gewande?	335
Entspannungspolitik und Friedensbewegung	344
Reformen	353
Bildungsoffensive	353
Grenzen der Inneren Führung	356
Zwischen »Gammeldienst« und Leistungsgrenze	361
Der gespielte Krieg II	371
Die beste Wehrpflichtarmee der NATO	371
Kriegsnah ausbilden	383
Rückkehr zum Bewegungskrieg	385
West-östliche Wahrnehmungen	391
Traditionen	394
Fazit	402

V. Außen preußisch – innen sowjetisch.

Die Nationale Volksarmee der DDR (1952–1990)	409
Volk in Waffen	409
Armee der Partei	415
Kriegsplanung und Bündnispolitik	427
Die beste NSWP-Armee des Warschauer Paktes	434
Fazit	437

VI. Zwischen »Friedensdividende« und Auslandseinsatz.

Die Bundeswehr der Berliner Republik (1990 bis heute)	441
Neue Welt, neue Aufgaben	441
Armee der Einheit	456
Eine kleinere Bundeswehr braucht das Land	461
Erste Kampfeinsätze	466
Die Schatten der Wehrmacht	474
Die Bundeswehr in Afghanistan	487
Verantwortung für den Norden Afghanistans	490
Die Sicherheitslage verschärft sich	501
Der Kampf um die Provinz Kunduz 2009	511
Rückschläge, Erfolge, Abzug – 2010–2014	526
<i>Tribal cultures</i>	532
Der Krieg in Afghanistan im politisch-gesellschaftlichen Diskurs	551
Afghanistan – eine Bilanz	559
Die Rückkehr des Kalten Krieges?	562
Bedingt einsatzbereit	562
»Die Wehrmacht hat nichts mit der Bundeswehr gemein«	571
 Resümee	 583

Dank	601
Anhang	605
Dienstgrade Wehrmacht und Bundeswehr (Heer)	607
Militärische Gliederung	608
Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1989	609
Abgeordnete des Reichstags (MdR) sowie des Bundestags (MdB), die Militärdienst geleistet haben	611
Anmerkungen	613
Quellen und Literatur	754
Verzeichnis der Abkürzungen	802
Bildnachweis	806
Personenregister.	807

I.

Auf dem Weg zur Weltmacht. Das Militär im Kaiserreich (1871–1918)

Blut und Eisen

Preußen löste die Deutsche Frage mit seiner Armee. In den siegreichen Kämpfen gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich (1870/71) entschied es den lange schwelenden Konflikt um die Gründung eines deutschen Nationalstaats in der Mitte Europas in seinem Sinne: Am 18. Januar 1871, kurz vor Beendigung des Krieges gegen Frankreich, proklamierten die deutschen Fürsten in Versailles den preußischen König zum Deutschen Kaiser. Nach der ersten Reichstagswahl vom 3. März 1871 stimmte die neue Volksvertretung, der Reichstag, mit überwältigender Mehrheit für die neue Verfassung. Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie, ein monarchischer Bund von 25 Mitgliedern, genauer von vier Königreichen, sechs Großherzogtümern, fünf Herzogtümern, sieben Fürstentümern, drei freien Städten und dem Reichsland Elsaß-Lothringen. Die drei Königreiche Sachsen, Bayern und Württemberg behielten ihre eigenen Armeen, deren Kommandogewalt erst im Kriegsfall auf den preußischen Kriegsminister überging. Die Streitkräfte der kleineren Bundesstaaten standen bereits im Frieden unter preußischem Kommando oder wurden ins preußische Heer eingegliedert. Zwar waren das sächsische, bayerische und württembergische Heer auf dem Papier eigenständig, doch da sich Ausbildung und Ausrüstung überall an den preußischen Standards ausrichteten, lief es de facto doch auf eine Kaiserliche Armee hinaus. Die 1872 aufgestellte Kaiserliche Marine war dann von vornherein eine Institution des Deutschen Reiches und nicht seiner Bundesstaaten.

Der Kaiser hatte gemäß der im April 1871 in Kraft getretenen

Reichsverfassung eine überaus starke Stellung: Er war die oberste Instanz des Reiches, ernannte den Kanzler, der nur ihm verpflichtet war. Die Regierung war damit der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen, der Reichstag konnte lediglich über das Budgetrecht Einfluss auf die Politik nehmen. Auf das direkt dem Kaiser unterstehende Militär- und Marinekabinett, das alle Personalfragen der Streitkräfte regelte, und auf die Operationsplanung des Generalstabs hatten weder das Parlament noch der Reichskanzler unmittelbaren Zugriff. Hinzu kam, dass sowohl der Generalstabschef als auch die Kommandierenden Generäle über das Immediatrecht beim Kaiser verfügten. In der Reichsverfassung war das Militär somit nicht dem Primat der Politik, sondern dem Primat der Krone unterworfen.

In der Praxis hing viel vom Geschick und Willen des Reichskanzlers ab, sich auch in militärischen Fragen beim Kaiser Gehör zu verschaffen. Der erste Reichskanzler Otto von Bismarck ließ nie einen Zweifel aufkommen, dass er das Staatsschiff lenkte. Das galt nicht nur im Frieden. Auch in den Kriegen 1866 und 1870/71 setzte er sich in allen Streitpunkten gegen die Militärs durch, weil Wilhelm I. ihm stets folgte. Später ignorierte er alle Präventivkriegsforderungen der Generalstabschefs. Unter Wilhelm II. war das Zusammenspiel komplizierter. Die Außen- und Militärpolitik seit 1890 zeigt jedoch, dass auch in dieser Zeit die Kanzler die zentralen Figuren blieben. Alle wichtigen Entscheidungen – etwa die Flottenpolitik seit 1898 oder die Heeresvermehrungen – wurden von den Reichskanzlern ausdrücklich gebilligt oder gar von ihnen vorangetrieben.¹ Eines der wenigen Gegenbeispiele ist die Flottennovelle von 1912, die Theobald von Bethmann Hollweg aussetzen wollte, um einen englandfreundlicheren Kurs einzuschlagen. Er konnte sich aber gegen den Leiter des Reichsmarineamtes, Staatssekretär Alfred von Tirpitz, nicht durchsetzen, da dieser die Unterstützung des Kaisers hatte. Diese politische Niederlage blieb jedoch Episode. Der Reichskanzler spielte im Deutschen Reich zwar nicht *de jure*, aber *de facto* die Schlüsselrolle, zumal Wilhelm II. nach der Daily-Telegraph-Affäre von 1908 zu größerer politischer Zurückhaltung genötigt wurde.

Während der französische Staatspräsident Raymond Poincaré Überlegungen seines Generalstabs, im Falle eines Krieges mit Deutschland in das neutrale Belgien einzumarschieren, schlicht ablehnte, akzep-

tierte Bethmann Hollweg ähnliche Planungen seiner Militärs.² Dass er solchen Überlegungen nicht Einhalt gebot, lag weniger an der überbordenden Macht der Militärs als an seiner zögernden Persönlichkeit. Als versierter Innenpolitiker vertraute er in militärischen wie in außenpolitischen Fragen, in denen er wenig bewandert war, dem Rat von Fachleuten. Staatssekretär Alfred von Kiderlen-Waechter ließ er etwa freie Hand in der Zweiten Marokkokrise 1911. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs hätte Bethmann Hollweg angesichts eines wankelmütigen Kaisers den Angriff auf Belgien verhindern können, wenn er es denn gewollt hätte.

Im Kaiserreich gab es also trotz des von der Verfassung vorgegebenen, auf den Kaiser zugeschnittenen Rechtsrahmens den Primat der Politik. Doch anders als in Frankreich oder Großbritannien musste die konkrete Ausgestaltung stets aufs Neue ausgehandelt werden. Das Militär hatte durch den direkten Zugang zum Kaiser und die beschränkte Zuständigkeit des Parlaments mehr Spielräume als in anderen Ländern, und diese wirkten sich – wie noch zu zeigen sein wird – in den Kolonialkriegen besonders verheerend aus. Und dennoch blieb der Einfluss der Streitkräfte, etwa auf die Außenpolitik des Reiches, begrenzt. Das zeigte sich gerade auch in der Julikrise 1914: Den »Sprung ins Dunkle« beschlossen weder Generalstabschef Helmuth von Moltke noch Kriegsminister Erich von Falkenhayn, sondern Reichskanzler Bethmann Hollweg.³

Nicht folgenlos für das Verhältnis von Politik und Militär blieb die Tatsache, dass sich das Kaiserreich in der politischen Praxis immer mehr in Richtung parlamentarischer Monarchie entwickelte. Im Reichstag wuchs der Einfluss der Sozialdemokratie unaufhaltsam – sie stellte 1912 bereits die größte Fraktion. Es waren insbesondere die Sozialdemokraten, aber auch die Linksliberalen, die in den Parlamentsdebatten das Militär ins Licht der Öffentlichkeit rückten, die internen Missstände, aber auch die brutale Kriegführung in den Kolonien scharf kritisierten. Das Parlament konnte zwar weder den Kriegsminister noch den Generalstabschef entlassen. Aber diese Debatten erregten große öffentliche Aufmerksamkeit und erzwangen 1907 gar eine Reichstagswahl. Politische Führung und Generalität konnten sie also nicht ignorieren, mussten Stellung beziehen, was mal mehr, mal weniger überzeugend gelang. Als Reichskanzler Bethmann

Hollweg in Loyalität zum Kaiser die milde Bestrafung übergriffiger preußischer Soldaten im elsässischen Zabern 1913 im Reichstag verteidigte, sprach ihm das Parlament mit großer Mehrheit das Misstrauen aus – ein zuvor undenkbarer Vorgang. Der Kanzler blieb zwar im Amt, aber der Vorfall verdeutlichte das Selbstbewusstsein der Abgeordneten, von denen nur noch die Konservativen in Nibelungentreue Kaiser und Armee zur Seite standen. Angesichts dieser Verhältnisse konnte die Reichsleitung nur noch mit dem Parlament und nicht gegen dieses regieren. »In qualitativer Hinsicht«, so urteilt Frank-Lothar Kroll, »unterschied sich der Deutsche Reichstag der Vorkriegswelt jedenfalls kaum noch von den Volksvertretungen der meisten anderen konstitutionellen oder parlamentarisch verfassten Monarchien in Europa.«⁴

Die SPD stand der Monarchie traditionell ablehnend gegenüber. Dazu gehörte auch massive Kritik an den Streitkräften.⁵ Soldatenmisshandlungen beispielsweise wurden von den Sozialdemokraten öffentlichkeitswirksam im Reichstag und in der Presse angeprangert. Doch arrangierte sich August Bebels Partei im Laufe der Zeit mehr und mehr mit dem Militär. Ihre eigene Diktion war von Kampfbegriffen durchsetzt, und sie stand mitnichten den Streitkräften als solchen fern. Gehorsam, Disziplin und die Erziehung zur Wehrhaftigkeit wurden durchaus gutgeheißen. Man wollte aber keine aristokratische Elitetruppe, sondern ein kriegsbereites Volksheer. Man war gegen Parade-Drill, aber nicht gegen Gefechtsdrill. Der SPD ging es vor allem um die gesellschaftliche und technische Modernisierung der Armee. Sie unterstützte daher die allgemeine Wehrpflicht und sah in einer demokratischen Heeresverfassung, die Soldatenmisshandlungen und eine spezielle Militärgerichtsbarkeit ausschloss, die Voraussetzung für militärische Schlagkraft. Seit der Jahrhundertwende wuchs die Fundamentalkritik am preußischen Militär immer mehr einer Kritik im Detail. So stimmte die SPD 1913 der Finanzierung der Heeresvorlage zu.⁶ In den Schlüsselfragen einer Vergrößerung und Professionalisierung der Armee gingen bürgerliche Offiziere wie Erich Ludendorff und sozialdemokratische Reformer wie Eduard Bernstein gewissermaßen eine Allianz ein. Dieser Wandel der SPD gipfelte in der Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914.

Den Helden des Krieges von 1870/71 konnte im Kaiserreich niemand entkommen. Noch im kleinsten Dorf gab es ein Denkmal zu Ehren der Gefallenen. Und dies nicht nur in Preußen. Überall im Land erzählte man sich stolze Geschichten über die Schlachten bei Wörth oder Gravelotte. Der Sedantag war nationaler Feiertag, an dem die Kriegervereine illustre Aufmärsche veranstalteten und das siegreiche Volk feierte. Kritische Stimmen waren nirgendwo zu hören. Selbst Theodor Fontane, der als einziger Zivilist umfassend über die Kriege von 1864 bis 1871 schrieb, wagte keinen Widerspruch und verfasste ein für den heutigen Leser unendlich ermüdendes Heldenepos.⁷

Das hohe Prestige des Militärs wirkte sich auf viele Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens aus. Die preußische Hofrangordnung von 1878 legte fest, dass die Feldmarschälle über dem Ministerpräsidenten standen, die Generäle über den Staatsministern. Während Offiziere per se als hoffähig galten, waren zivile Beamte erst ab dem höheren Dienst zugelassen. Die Uniform war in der Öffentlichkeit hoch angesehen, und der Militärdienst war auch für das einst so kritische Bürgertum eine Selbstverständlichkeit. Millionen Deutsche waren in Kriegervereinen organisiert. Kriegsspielzeug für Kinder war populär, ebenso wie der Matrosenanzug als Ausweis der Flottenbegeisterung. Das Husarenstück des Schustergesellen Friedrich Wilhelm Voigt, der sich 1906 als Hauptmann der Garde verkleidet erst einen Trupp Soldaten unterstellte und dann die Stadtkasse von Köpenick raubte, belegt den Vorrang des Militärs vor allem Zivilen eindrucksvoll. Man stelle sich nur vor, heutzutage würde ein Hauptmann des Wachbataillons auf einem Berliner Bürgeramt erscheinen und am Kassenschalter die Herausgabe des Bargelds verlangen. Sehr weit würde er mit einem solchen Ansinnen nicht kommen. Wie sehr militärische Prinzipien von Gehorsam und Unterordnung die deutsche Zivilgesellschaft im Kaiserreich vermeintlich prägten, hat Heinrich Mann in seinem 1914 fertiggestellten Roman »Der Untertan« literarisch verarbeitet. Sein Protagonist Diederich Heßling gilt vielen bis heute als meisterhaft beschriebene Verkörperung einer nationalistischen, antidemokratischen, autoritären und militärhörigen Gesellschaft, die bereits den Nationalsozialismus erahnen ließ.⁸

Jedoch erscheint das Bild des mit Blut und Eisen geschmiedeten Obrigkeitsstaates, in dem das Militärische von der Zivilgesellschaft

Besitz ergriffen hat, doch allzu eindimensional.⁹ Benjamin Ziemann hat zu Recht angemerkt, dass wir über die Wahrnehmungswelt der breiten Bevölkerung noch viel zu wenig wissen. Kaiserreden, Sedanfeiern und Lehrpläne bieten keine hinreichenden Belege für die Mentalität von Schülern, Lehrern oder Wehrpflichtigen.¹⁰ Man muss sich somit davor hüten, vom Sender auf den Empfänger zu schließen, schließlich kann eine Ansprache, die das Militär verherrlicht, auf ganz unterschiedliche Weise verstanden werden.

Es gibt Indizien, die die Vorstellung einer Dominanz des Militärischen in der Zivilgesellschaft des Kaiserreichs fragwürdig erscheinen lassen. Die Streitkräfte umfassten nie mehr als ein Prozent der Bevölkerung – im Verhältnis genauso viel wie in der Bundesrepublik des Kalten Krieges –, und die Hälfte der wehrpflichtigen Männer wurde überhaupt nicht eingezogen. Gewiss, die Kriegervereine hatten drei Millionen Mitglieder¹¹, aber viele Deutsche blieben ohne jede Militärerfahrung. Trotz des Sozialprestiges hatte selbst die Attraktivität der höheren Soldatenlaufbahn klare Grenzen. So gelang es dem Heer nie, den Offiziermangel zu beseitigen. Von 24 000 Posten waren 1913 2000 unbesetzt.¹² Die 120 000 Reserveoffiziere zumeist bürgerlicher Herkunft¹³ wurden lange als eine Art Transmissionsriemen zur Übertragung militärischer Werte in die Zivilgesellschaft betrachtet. Was sie in der Kaserne lernten, gaben sie vermeintlich in Unternehmen, Behörden, Schulen und Universitäten weiter. Carola Groppe hat darauf hingewiesen, dass sich in den Tagebüchern und Briefwechseln deutscher Industriellenfamilien dafür kaum Belege finden lassen. Es ist auch fraglich, ob ein Reserveoffizier, der gerade einmal ein Jahr Wehrdienst leistete und innerhalb von sechs Jahren an drei mehrwöchigen Übungen teilnehmen musste, sich in seinem Denken und Handeln einer militärischen Normenwelt unterwarf.¹⁴ Am dezidiert zivilen Habitus scheint die Militärzeit nicht viel geändert zu haben, zumal die aus dem Wirtschafts- und Bildungsbürgertum stammenden Reserveoffiziere schon in ihrer Ausbildung weitgehend unter sich blieben und für sie die gesellschaftlichen Vorzüge des Dienstes in einem der angesehenen Garde- oder Kavallerieregimenter zumeist im Vordergrund standen. Mit der militärfachlichen Qualifikation haben es die Reserveoffiziere nicht immer besonders ernst genommen. Die Begeisterung für Uniformen, Paraden und wilde Reiterattacken war gewiss vorhan-

den, blieb aber meist auf den Moment beschränkt und drang nicht in den zivilen Alltag ein. So hielt der Unternehmer Paul von Cosman seine 1889 als Leutnant der Reserve abgehaltene Übung für ein »harmloses Kriegsspiel«¹⁵ – von der in den Vorschriften geforderten »immerwährenden Erhaltung der Kriegstüchtigkeit« war bei ihm wenig zu spüren.

Die andere Brücke vom Militär in die Zivilgesellschaft bildeten die ehemaligen Unteroffiziere, die nach zwölf Jahren Dienstzeit in der Regel in die mittlere Verwaltungslaufbahn übernommen wurden. Doch sie stellten keineswegs die Mehrheit der Beamtenschaft, und es ist nicht hinreichend untersucht, inwieweit sie ihr neues ziviles Arbeitsumfeld im Sinne ihrer militärischen Erfahrung prägten oder umgekehrt von diesem im zivilen Sinne beeinflusst wurden. Einen weiteren Hinweis, dass das Militärische die gesellschaftlichen Umgangsformen im Kaiserreich kaum dominiert haben kann, offenbart die Anstands- und Benimmlliteratur der Zeit, die das Salutieren oder Hackenschlagen vielfach als überflüssig und unschicklich bezeichnete und alles schneidig Stramme bei der Begrüßung ausdrücklich vermieden sehen wollte.¹⁶ Die These einer durchgreifenden Militarisierung der Gesellschaft ist also kaum haltbar.¹⁷

Die Streitkräfte wurden vom Bürgertum als ein organischer Teil der Gesellschaft betrachtet. Militärdienst galt als Bürgerpflicht. Jeder sollte seinen Beitrag zur Verteidigung von Staat und Nation leisten, und das fiel den Bürgersöhnen angesichts der privilegierten Bedingungen als Einjährig-Freiwillige offenbar nicht besonders schwer. Sie mussten – nach Absolvierung einer Eignungsprüfung – nur ein Jahr Wehrdienst leisten, konnten das Regiment und den Zeitpunkt ihres Dienstantritts frei wählen und sich am Ende ihrer Dienstzeit zum Reserveoffizier qualifizieren. Die Kosten für den Militärdienst mussten sie jedoch selbst tragen. Nur in den ersten Wochen waren die Einjährigen zusammen mit den übrigen Mannschaften untergebracht, dann wohnten sie außerhalb der Kasernen in Privatquartieren. Auch ihre Grundausbildung erfolgte getrennt von den übrigen Soldaten. Offizierkorps und Bürgertum rückten näher zusammen als je zuvor, wozu die Vergrößerung, Professionalisierung und Technisierung der Streitkräfte erheblich beitrugen. Wie im Militär die Ansicht vorherrschte, die Schule der Nation zu sein, sah das Bürgertum seine Leitbilder von

Professionalität, Pflichterfüllung und Einsatzfreude im Militär verwirklicht.¹⁸ Doch trotz mancher Überschneidung verschmolzen die Milieus nicht – das Berufsoffizierkorps besaß ebenso einen eigenen Werte- und Normenkern wie etwa das Bildungsbürgertum.

Die wachsende Rolle des Bürgertums zeigte sich auch im rasanten sozialen Wandel in den Streitkräften. Waren 1871 noch 75 Prozent der preußischen Offiziere Adelige, so sank dieser Anteil bis 1913 auf rund 30 Prozent. In der bayerischen Armee war er traditionell niedriger, 1913 waren es gerade einmal neun Prozent. Die Geschichte dieses Wandels ist bislang meist als grimmiges Rückzugsgefecht adeliger Hardliner erzählt worden. In der Tat verteidigten diese die Armee als ihre exklusive Bastion gegen eine soziale Öffnung. Nur so glaubten sie die unbedingte Treue zum König und die Zuverlässigkeit im Kampf auch gegen innere Feinde gewährleisten und damit ihren Standesgenossen ein exklusives Betätigungsfeld sichern zu können. 1913 bremste der Kriegsminister sogar die Aufrüstungspläne des Generalstabs, weil er um die soziale Kohäsion des Offizierkorps fürchtete. Auf den sozialen Wandel hatten solche Manöver aber keinen Einfluss, denn die zentrale Richtungsentscheidung war schon 1844 getroffen worden. Seitdem war in Preußen die gymnasiale Primarreife, also die erfolgreich abgeschlossene II. Klasse, die Voraussetzung für den Einstieg in die Offizierslaufbahn. Es gab zwar allerlei Ausnahmestimmungen, und von 1861 bis 1872 war die Regelung gar suspendiert. Doch die langfristigen Folgen dieses Schrittes lassen sich gar nicht hoch genug bewerten. Das Militär wurde zum Teil einer Staatselite, zu der nur diejenigen Zugang erhielten, die entsprechende strenge Bildungsvoraussetzungen erfüllten.

Über dieses Privileg verfügten Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem Adelige, erst mit der fortschreitenden Industrialisierung seit den 1880er-Jahren aber auch immer breitere bürgerliche Schichten. Der Kaiser bestärkte diese Entwicklung 1890 mit einem Dekret zur gezielten Öffnung des Offizierkorps für Bürger- und Beamtenöhne.¹⁹ Seit der Jahrhundertwende hatten dann immer mehr Offizieranwärter sogar das Abitur, also den Abschluss der 13. Klasse vorzuweisen, 1912 bereits 65 Prozent.²⁰ Zum Vergleich: Nur zwei Prozent eines Schülerjahrgangs machten 1912 Abitur.²¹ Wie die anderen Angehörigen des Staatsdienstes gehörten Offiziere im Kaiserreich also zur Bildungs-

elite. Da diese am Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr vom Bürgertum dominiert wurde, veränderte sich dementsprechend die soziale Struktur des Offizierkorps. Bis dieser Wandel jedoch auch auf der höchsten Ebene ankam, vergingen noch Jahrzehnte. General wurde man erst mit 50, also nach rund 30 Dienstjahren. 1880 entstammten 51 Prozent der Leutnante der preußischen Armee dem Bürgertum, und es dauerte bis 1913, bis sie die hohen Dienstgrade der Obersten und Generäle erklommen hatten.²² Der Adel hatte in dieser Periode statistisch gesehen keine besseren Karrierechancen.²³ Leistung und der Zugang zur Bildung waren somit die entscheidenden Stellschrauben.

Es gab aber auch die Sorge vor einem Zustrom aus unerwünschten Kreisen. So gab es strenge Abschottungstendenzen gegen Juden. Bis 1913 hatten die deutschen Armeen keinen einzigen aktiven jüdischen Offizier und nur eine Handvoll Reserveoffiziere, obwohl Zehntausende Deutsche jüdischen Glaubens als Einjährig-Freiwillige dienten. Im Zarenreich war die Lage ähnlich.²⁴ Die meisten anderen Großmächte, etwa Italien, Frankreich oder Österreich-Ungarn, hatten jüdische Berufsoffiziere, auch wenn diese dort ebenfalls Diskriminierungen unterworfen waren.²⁵

Während die Auffüllung aller freien Offizierstellen nicht gelang, konnte der Mangel an Unteroffizieren seit der Jahrhundertwende durch bessere Bezahlung und gute Beförderungsbedingungen behoben werden.²⁶ Bei der Rekrutierung der Mannschaften gab es – anders als bei Offizieren und Unteroffizieren – ein Überangebot. Obwohl sich die Personalstärke der Armee in 40 Friedensjahren von 425 000 Mann 1875 auf 795 000 Mann 1914 beinahe verdoppelte, wurde nur rund die Hälfte aller jungen Männer eingezogen. Die Auswahlkriterien konnten entsprechend hoch angesetzt werden, auf körperliche Gesundheit wurde besonderer Wert gelegt. Ein überproportionaler Anteil der Mannschaften kam aus ländlichen Gebieten; unter der Stadtbevölkerung war der Anteil der Arbeiterschaft überproportional hoch, besonders unter jenen, die auf dem Land geboren und aufgewachsen waren.²⁷

Eine gezielte soziale Rekrutierung gab es bei den Mannschaften nicht. Relevant war vor allem die physische Qualifikation, obwohl die Militärführung große Sorge vor einer Unterwanderung durch die Sozialdemokratie hatte und den Soldaten den Besitz von sozialdemokratischen Schriften oder den Besuch von politischen Versammlungen

verbot. Wie viele Sympathisanten der SPD es in den Reihen der Soldaten gab, ist nicht bekannt. Dass sich ihre Zahl erheblich vermehrte, ist angesichts der vielen Wehrpflichtigen aus dem Arbeitermilieu naheliegend. Allerdings hatte das keine weitergehenden Folgen. Selbst wenn das Militär bei Ausständen zur Unterstützung der Polizei ausrückte, etwa als beim großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1912 5000 Soldaten nach Dortmund, Hamm und Recklinghausen verlegt wurden, gab es keine Verbrüderung von Soldaten und Arbeitern.²⁸ Die Armee blieb ein zuverlässiges Instrument des Staates. Auch blieben solche Einsätze im Innern die große Ausnahme.²⁹ Meist reichte die Mobilisierung als Drohkulisse aus, um einen Ausstand zu beenden. Der Einsatz der Streitkräfte im Innern war zu jener Zeit in ganz Europa üblich, wobei er in Deutschland zurückhaltender gehandhabt wurde als in Frankreich und vor allem in Russland.³⁰

Kolonien

Das Deutsche Reich wurde zwischen 1883 und 1885 Kolonialmacht in Afrika und erwarb vier sogenannte Schutzgebiete. Um die Jahrhundertwende begannen die Deutschen, in den riesigen Territorien ihren Herrschaftsanspruch mit aller Macht durchzusetzen. In Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, und in Deutsch-Ostafrika, dem heutigen Tansania, Ruanda und Burundi, kam es zu Aufständen, die blutig niedergeschlagen wurden. Für die deutsche Militärgeschichte sind diese Kolonialkonflikte deshalb relevant, weil die Eskalation der Gewalt, etwa bei der Niederschlagung des Herero-Aufstands in Deutsch-Südwestafrika, vor allem von angelsächsischen Autoren als Beleg für einen »German Way of War« interpretiert wird – eine entgrenzte Kriegführung, die sich im Ersten Weltkrieg fortsetzte und in den »Bloodlands« des Zweiten Weltkriegs ihren Höhepunkt erreichte.³¹ Im Fokus der Betrachtung stehen dabei einerseits die Doktrin der schnellen Vernichtungsschlacht, andererseits die mangelnde Kontrolle des deutschen Militärs durch die Politik.

Als Gouverneur Theodor Leutwein damit scheiterte, dem Aufstand der Herero durch Verhandlungen Einhalt zu gebieten, wurde ihm das

Kommando über die Schutztruppe entzogen und im Mai 1904 Generalleutnant Lothar von Trotha übertragen. Dessen Ernennung an sich war schon ein Skandal, da sich sowohl Generalstabschef Alfred von Schlieffen als auch der Reichskanzler gegen ihn ausgesprochen hatten. Für Personalfragen war aber ausschließlich das dem Kaiser unterstellte Militärkabinett zuständig. In Deutsch-Südwestafrika angekommen, ging es Trotha um eine rasche militärische Niederschlagung des Herero-Aufstands. Damit folgte er der gängigen deutschen Militärdoktrin, einen langen Krieg durch eine schnelle Vernichtungsschlacht zu vermeiden. Seit den Erfolgen in den Einigungskriegen war diese Doktrin geradezu ein Dogma, und ihr folgte auch Trotha. Doch die Schlacht am Waterberg im August 1904 wurde kein zweites Sedan. Die Herero konnten aus der Einkesselung entweichen, und Trotha hoffte nun, sie durch eine rasante Verfolgung besiegen zu können. Als auch dies nicht gelang und sich die Überlebenden in die Omaheke-Wüste zurückzogen, schienen seine Pläne gescheitert. Die Herero würden, so glaubte er, dort ausharren oder auf alten Handelspfaden nach Botswana entkommen. Da er in ihnen weiterhin eine Bedrohung sah, erließ er am 2. Oktober 1904 seinen berüchtigten Schießbefehl, mit dem er verhindern wollte, dass die Herero in die deutsche Kolonie zurückkehrten. Auf die männlichen Herero, so der Befehl, sollte das Feuer eröffnet werden, Frauen und Kinder sollten mit Schüssen über ihre Köpfe hinweg zurück in die Wüste getrieben werden.³² Wenn er sie schon nicht militärisch besiegen konnte, wollte Trotha sie zumindest aus der Kolonie vertreiben. So wäre das Problem des Aufstands gelöst und zugleich sein Unvermögen, den Herero auf militärischem Wege beizukommen, geschickt vertuscht worden.

Von August bis Oktober hatte sich die Kriegführung der deutschen Truppen durch eine situative Dynamik bereits massiv radikalisiert. Als Trotha schließlich erkannte, dass die Herero in der Omaheke-Wüste elendig zugrunde gingen, unternahm er nichts und überschritt damit endgültig die Grenze zum Genozid. Die Doktrin der Vernichtungsschlacht kann diese Eskalation freilich nicht hinreichend erklären. Wäre die Schlacht am Waterberg so verlaufen, wie Trotha es gehofft hatte, wäre der Krieg schnell beendet gewesen. Erst als sich der Erfolg nicht einstellte, begannen die Dinge aus dem Ruder zu laufen. Zu bedenken ist auch, dass andere Offiziere wie der entmachtete Gouver-

neur Leutwein oder Ludwig von Estorff, einer der Abteilungscommandeure der Schutztruppe, Trotha für seine radikale Kriegführung scharf kritisierten. Sie strebten eine Verhandlungslösung an. Estorff gehörte vor seiner Versetzung nach Südwest immerhin zum erlauchten Kreis der Offiziere im Großen Generalstab.

Welcher dieser Männer war nun typisch für das deutsche Militär? Zweifellos war Trotha der entscheidende Faktor für die Eskalation der Kriegführung, wie Matthias Häussler auf Grundlage von dessen erstmals vollständig zugänglichen Tagebüchern kürzlich nachwies.³³ Und angesichts von Trothas Disposition für radikale Lösungen wirkte es sich fatal aus, dass er nur dem Generalstab unterstellt war. Der Reichskanzler war freilich nicht ganz aus dem Spiel. Der Gouverneur der Kolonie unterstand der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, das wiederum Kanzler Bernhard von Bülow verantwortlich war. Insofern hatte dieser durchaus eine Handhabe, sich in den Gang der Dinge einzumischen. Trotha vermochte vor Ort zwar Gouverneur Leutwein an den Rand zu drängen³⁴, doch Bülow konnte er auf Dauer nicht ignorieren, auch wenn der Kaiser ihm versprochen hatte, nur vom Generalstab Anweisungen zu empfangen. Die verworrenen Befehlsverhältnisse führten freilich dazu, dass das politische Berlin erst im Oktober 1904 erfuhr, dass die Kriegführung in der Kolonie außer Kontrolle geraten war. Der Reichskanzler erwirkte daraufhin die Aufhebung des Schießbefehls vom 2. Oktober. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Herero aber bereits in der Omaheke-Wüste verendet. Bemerkenswert ist, dass Trotha trotz seiner verheerenden Kriegführung nicht abgelöst wurde, sondern erst ein Jahr später, im November 1905, ein geordneter Wechsel von Gouverneur und Schutztruppenkommandeur stattfand. Trotha wurde sogar mit dem höchsten preußischen Orden ausgezeichnet, dem *Pour le Mérite*, dann aber aus dem aktiven Dienst entlassen. Man kann argumentieren, dass sein Verhalten in Berlin offenbar nicht als so außergewöhnlich angesehen wurde, dass eine sofortige Ablösung gerechtfertigt erschien.³⁵ Das mag auch daran gelegen haben, dass er der Kandidat des Kaisers war, den man nicht desavouieren wollte.

Es lässt sich gewiss anführen, dass die imperiale Kriegführung der Europäer stets sehr grausam und die Zahl genozidaler Verbrechen erheblich war. Man denke nur an die Ausrottung der tasmanischen